

## Bekanntmachung

betreffend die Anmeldung von Wertpapieren. Vom 28. 10. 1916.  
Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Anmeldung von Wertpapieren vom 23. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 952) wird folgendes bestimmt:

Die Frist, innerhalb welcher die Anmeldung zu erfolgen hat (Artikel 6 der Bekanntmachung vom 23. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 953)), wird bis zum 15. November 1916 erstreckt.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Oktober 1916.

Der Reichsfinanzminister.

Im Auftrage: Richter.

## Bekanntmachung

über Futtermittel. Vom 4. November 1916.

Auf Grund von § 17 der Bundesratsverordnung über Futtermittel vom 5. Oktober 1916 (R. G. Bl. S. 1108 ff.) ist durch § 4 der Ausführungsbestimmung des Großh. Ministeriums des Innern vom 14. Oktober 1916 ein Schiedsgericht bestellt, dessen Vorsitzender von uns zu bestimmen ist.

Wir ernennen hiermit zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts den Großh. Finanzrat Emmertling.

Darmstadt, den 4. November 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe.  
Schliephake.

Betr.: Hauschlachtungen.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Bei der Einreichung der Gesuche um Genehmigung zur Hauschlachtung ist folgendes zu beachten:

I. a. Jede Angabe des Gesuchstellers ist auf ihre Richtigkeit von Ihnen nachzuprüfen. Ob in der Zahl der Personen der Haushaltung im Felde stehende Familienmitglieder eingerechnet werden können, ist noch nicht bestimmt worden. Auf Antrag kann dieses stillschweigend geschehen, doch ist dem Antragsteller von der Versendung von Fleischwaren an die Front entschieden abzuraten, da erfahrungsgemäß große Mengen dieser Sendungen verderben.

b. Die Angabe, daß das Tier 6 Wochen im Eigentum des Antragstellers gefunden hat, genügt nicht. Das Schwein muß in eigener Wirtschaft gehalten worden sein oder nach den neueren Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes muß mindestens eine persönliche Beteiligung des Antragstellers an der Mästung vorliegen, die nicht lediglich eine finanzielle sein kann. Es ist deshalb auch möglich, daß das Tier auf einem anderen Grundstück als dem des Antragstellers gemästet worden ist.

c. Das Lebendgewicht des Schweines ist durch einen angelegten Wiegeschein zu belegen. Sollte aus irgend einem Grunde ein Wiegen nicht möglich sein, so ist dies von Ihnen zu bescheinigen und eine Gewichtsschätzung eines Sachverständigen beizufügen. Schweine von einem Gewicht unter 140 Pfund werden im allgemeinen von uns nicht zur Schlachtung zugelassen. Nach erfolgter Schlachtung sind etwa schon verausgabte Fleischmarken sofort wieder einzuziehen.

II. Bei der Berechnung, wie lange der Antragsteller mit seiner Familie (wobei 2 Kinder unter 6 Jahren als eine erwachsene Person zu rechnen sind) durch das gewonnene Fleisch als versorgt zu betrachten sind, ist folgendes zu beachten: Zunächst ist aus dem nachgewiesenen Lebendgewicht das Schlachtgewicht in runder Zahl mit ein Fünftel Abzug zu berechnen. Davon ist die Hälfte zu nehmen (bei der zweiten Schlachtung drei Fünftel) weil die Hälfte resp. das andere zwei Fünftel für den Hauschlachtenden frei ist und auf die Fleischversorgung nicht angerechnet wird. Darauf ist die Zahl der erwachsenen Personen (2 Kinder unter 6 Jahren gleich 1 Erwachsener) mit der wöchentlichen Höchstmenge von 250 Gramm zu multiplizieren und diese gewonnene Zahl in die Hälfte resp. drei Fünftel des Schlachtgewichts zu dividieren. Das sich ergebende Resultat ist die Zahl der Wochen, für die der Haushalt des Antragstellers als versorgt zu gelten hat. Eine Berechnungstabelle wird Ihnen von der Kreisverteilungsstelle zugehen. Als äußerste Grenze der Versorgung ist der 1. Oktober 1917 anzunehmen. Ist also der Antragsteller nach der sich ergebenden Zahl der Wochen über diesen Termin als versorgt zu betrachten, so liegt eine Uebersorgung vor. Entweder wird bei solcher Uebersorgung, wenn bei der großen überschüssigen Menge zu besorgen ist, daß das Fleisch dem Verderb anheimfallen wird, die Schlachtung abgelehnt werden oder der Antragsteller muß sich bereit erklären, die überschüssige Fleischmenge alsbald nach der Schlachtung der Gemeinde zu übergeben. Diese Erklärung ist unter schriftlich auf dem Antrag aufzunehmen. Diese Fleischmengen wollen Sie dann zur Verteilung unter die Versorgungsberechtigten

Ihrer Gemeinde einem Metzger zuweisen, der das Fleisch zu einem Betrag von 10—20 Pfennig unter dem festgesetzten Höchstverkaufspreis zu übernehmen und zum Höchstpreis abzugeben hat. Diese für die Gemeinde durch Hauschlachtung überwiegenen Fleischmengen werden der Gemeinde bei der Fleischversorgung aufgerechnet und gehen an der Viehlieferung ab.

III. Nach der neuesten Bestimmung des Kriegsernährungsamts soll dem Hauschlachter die Möglichkeit geboten werden, sich auch mit frischem Fleisch nebenher zu versorgen. Es ist dies auf die Weise möglich, daß er Ihnen alsbald nach der Hauschlachtung angibt, für wieviel Wochen (berechnet nach Gewicht) er auf Frischfleischversorgung Anspruch erhebt. Für diese Wochenzahl hat er, wie unter II gesagt, Fleisch an die Gemeinde abzuliefern und erhält von Ihnen die sonst den Versorgungsberechtigten zustehenden Fleischmarken für diese Wochenzahl in den gewünschten Wochen. Für die Wochen, in denen er als versorgt zu betrachten ist, hat er keine Fleischmarken zu erhalten und etwa erhaltene zurückzuliefern.

Die weitere Möglichkeit für den Hauschlachter sich mit frischem Fleisch nebenher zu versorgen, besteht darin, daß er mit Ihrer Genehmigung an einen Dritten von dem hausgeschlachteten Fleisch abkauft und dafür von diesem Fleischmarken wöchentlich empfängt, so daß er dafür frisches Fleisch erwerben kann.

IV. Das Kriegsernährungsamt hat ausdrücklich bestimmt, daß bei Hauschlachtungen nicht engherzig verfahren werden soll und wollen Sie bei Aufnahme der Anträge durch Belehrung über die vorstehenden Bestimmungen die Antragsteller in der Vorbereitung für Hauschlachtung unterstützen. Wie bereits veröffentlicht, unterliegen die Spanjerfel selbstverständlich der Regelung, ihre Schlachtung sowohl wie der Verkauf der Schlachtung ist von unserer Genehmigung abhängig, auch ist vor diesen Anträgen eine Bescheinigung des Landwirtschaftskammerausschusses für die Provinz Oberhessen aufzubringen, daß ein Verkauf zur Weiterzucht unmöglich ist. Jedenfalls wollen Sie darauf hinwirken, daß die Abschachtung von Ferkeln unterbleibt, auch daß möglichst an Stelle des abgeschlachteten Mastschweines ein neues Schwein zur Mästung eingelegt wird. Wegen unserer großen Geschäftslastung wollen Sie es unbedingt unterlassen, Antragsteller zu uns zu schicken, weil dadurch keinesfalls eine raschere Erledigung des Antrags bewirkt wird. Von jeder ohne unsere Genehmigung vollzogenen Schlachtung haben Sie uns sogleich Nachricht zu geben und bis zu unserer Entscheidung, sofern dem Fleisch kein Verderben droht, das geschlachtete Tier zu beschlagnahmen.

Gießen, den 4. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Usinger.

Betr.: Kartoffelbezugscheine.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Hinweis auf Ziffer 12 der Bekanntmachung vom 14. September 1916 (Kreisblatt 115) machen wir darauf aufmerksam, daß von Ihnen Kartoffelbezugscheine jetzt nicht mehr ausgestellt werden dürfen. Sie wollen außerdem ortsüblich bekannt machen, daß bis zum 15. November 1916 nicht oder nicht ganz eingelöste Bezugscheine an Sie zurückzugeben sind, damit Sie in die Lage kommen, den etwaigen noch bestehenden Bedarf für Ihre Gemeinde zu berechnen.

Gießen, den 10. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die Feier des Geburtstages Seiner Königlich hohen des Großherzogs.

An die Schulvorstände des Kreises.

Wir empfehlen Ihnen, die oben bezeichnete Feier am 25. I. Mts. in einer den Zeitumständen Rechnung tragenden Weise in den Schulen begehen zu lassen.

Gießen, den 8. November 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission.

Dr. Usinger.

## Bekanntmachung.

Betr.: Ergänzungswahl des Kreisrats des Kreises Gießen durch die 50 Höchstbesteuerten.

Das in Nr. 124 des Kreisblatts vom 10. v. Mts. veröffentlichte Verzeichnis der 50 Höchstbesteuerten wird dahin berichtigt, daß für den unter Nr. 38 aufgeführten Julius Siesel die Unionbrauerei N. G. Gießen eintritt. Bei dem mit der geringsten Steuerleistung Aufgenommenen bezieht sich die Jahressteuerleistung auf 3456 Mk. Die Liste ist hiermit nach abgelaufener Frist endgültig festgestellt.

Gießen, den 11. November 1916.

Namens des Kreisauausschusses des Kreises Gießen.

J. W. Langemann.